

Gemeinsam für den Frieden

Textsammlung anlässlich der Tagung
„Die internationale Bewegung der Arbeiter und
Arbeiterinnen gegen den Krieg,
gestern - heute – morgen“
4./5. September 2015

Monika Wicki

Inhalt

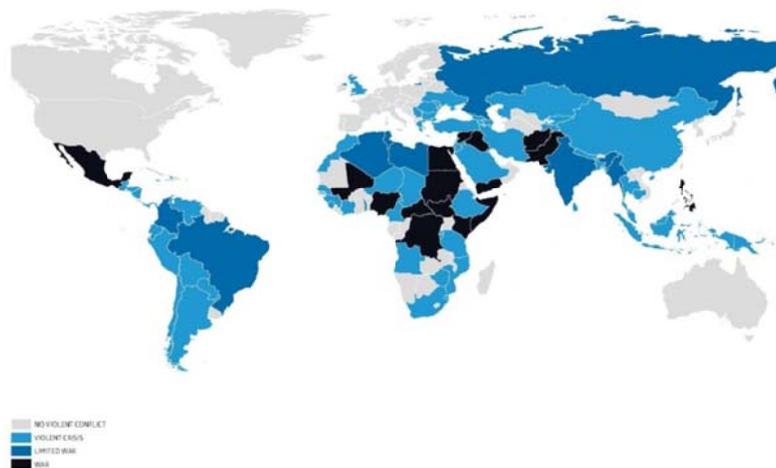
		Seite
Vorwort	Gemeinsam für den Frieden	5
	Die Zweite Internationale für den Frieden	11
	Die Internationale sozialistische Frauenkonferenz in Bern, 26.-28. März 1915	14
Text I	Frauen des arbeitenden Volkes!	16
	Die Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen in Bern, 4.-6. April 1915	20
Text II	Resolution der internationalen sozialistischen Jugendorganisationen	22
	Die Zimmerwalder Konferenz, 5.-8. September 1915	25
Text III	Das Zimmerwalder Manifest	27
	Die Konferenz in Kiental, 24.-30. April 1916	33
Text IV	Manifest an die Völker, die man zu Grunde richtet und tötet	35
	Die Young European Socialists Konferenz in Winterthur	41
Text V	Dem Krieg keinen Frieden!	42
	Gemeinsam für den Frieden	47
Text VI	Gegen Krieg und Gewalt – für Frieden und menschliche Sicherheit	48
	Die internationale Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Krieg	58

Vorwort

Gemeinsam für den Frieden!

Im Jahr 2013 herrschten in über 2/3 aller Länder der Welt gewaltvolle Krisen und Kriege.¹ Dies zeigen die Analysen des Heidelberger Institutes für internationale Konfliktforschung (siehe Abb). Noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht wie heute.²

VIOLENT CONFLICTS IN 2013 (NATIONAL LEVEL)



Egbert Jahn, emeritierter Professor für Politikwissenschaft und Politische Soziologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main und definiert Krieg und Frieden folgendermassen: Krieg ist eine bestimmte Form des politischen Kampfes, denn auch im Krieg geht es um die Durchsetzung einer Politik zur Erhaltung oder Veränderung

¹ Im Konflikt Barometer des Instituts wird unterschieden zwischen Disputen, nicht gewalttätigen Krisen, gewalttätigen Krisen, beschränkten Kriegen und Kriegen. Krieg wird erst dann als Krieg definiert, wenn pro Jahr mindestens 1000 Todesopfer verzeichnet werden.

² Heidelberger Institut für Konfliktforschung (2014). Konfliktbarometer 2013. Online: http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2013.pdf (20.1.2015).

des Gemeinwesens Auch Krieg ist demnach eine Form der Politik. Dabei wird bewaffneter Widerstand gegen eine Aggression geleistet. Erst der Angegriffene entscheidet, ob es zu einem Krieg kommt, denn er hätte auch die Möglichkeit, einfach zu kapitulieren. Krieg ist eine Form des wechselseitigen Tötens. Werden dabei Zivilisten getötet, ist es Mord.³

Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln und Frieden ist die Fortsetzung der Politik mit nichtkriegerischen Mitteln. Die Abwesenheit von Krieg ist nicht einfach Frieden, denn es gibt auch strukturelle Gewalt und Hunger. Wird Frieden statt mit der „Abwesenheit von Gewalt“ positiv formuliert, könnte man sagen, Frieden ist die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenrechte.⁴

Schon immer gab es Bestrebungen, den Krieg als Mittel der Politik abzuschaffen. Nach Irving Fetscher (1972) gibt es sieben klassische Modelle der Friedenssicherung, die im Laufe der abendländischen Geschichte entworfen wurden. So beschrieb Dante Alighieri in „Monarchia“ den Gedanken eines Weltstaates, David Hume sprach von einem Gleichgewicht der Kräfte, Jeremy Bentham und Adam Smith stellten sich vor, dass die Welt durch den freien Handel befriedet werden könne und Jean Jacques Rousseau sah autarke, friedlich koexistierende Staatengesellschaften vor sich. Während Immanuel Kant einen ewigen Frieden durch das Schaffen einer republikanischen Verfassung als möglich erachtete, sprach Karl Marx vom Weltfrieden durch Sozialismus. Im 20. Jahrhundert dann propagierten Herbert Marcuse und Sigmund Freud den Abbau individueller Aggressivität.⁵

³ Jahn, Egbert (2012a). Frieden und Konflikt. Lehrbuch. Weinheim: VS Verlag.

⁴ Jahn, 2012: 47

⁵ Irving Fetscher, Modelle der Friedenssicherung, 3. Auflage. München 1972

Mitte des 19. Jahrhunderts begannen sich erste internationale Friedensorganisationen zu formieren und auch die damals entstandene Sozialdemokratie lehnte den Krieg ab. Der Krieg wurde dabei gesehen als Folge des Imperialismus, des Strebens der kapitalistischen Klassen jeder Nation, ihre Profitgier durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der Naturschätze des ganzen Erdballs zu nähren. Frieden schaffen hiess dann, die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder im Kampf gegen den Kapitalismus und der herrschenden Bourgeoisie zu vereinen und so der Kriegsindustrie den Boden zu entziehen.

Der Kampf gegen den Krieg wurde zu einer der wichtigsten und populärsten Forderungen der 1889 gegründeten 2. Internationalen, dem Zusammenschluss der in diesen Jahren in vielen Ländern entstehenden Arbeiterparteien. Gemeinsame Aktionen gegen die kriegsführenden Regierungen und Streiks sollten dem Krieg ein Ende setzen. Dabei hielten jedoch die meisten europäischen Sozialdemokraten hielten die Verteidigung des „Vaterlands“ im Falle eines Angriffs eines anderen kapitalistischen Staates für legitim und notwendig.

Noch anlässlich der Balkankriege hielt die Internationale 1912 in Basel einen ausserordentlichen Kongress ab. Als aber im Sommer 1914 ein Zwischenfall im Balkanraum zum Ersten Weltkrieg führte, versagte die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung. Fast alle Mitglieder der sozialistischen Parlamentsfraktionen stimmten für Kriegskredite, nur wenige oppositionelle Gruppen leisteten Widerstand. Gleichzeitig versuchten die Sozialdemokratischen Parteien in den neutralen Ländern, die internationalen Verbindungen aufrecht zu erhalten.

Im Frühling 1915 trafen sich in Bern die internationalen sozialistischen Frauen- und Jugendorganisationen. Beide Organisationen stellten sich deutlich gegen den Krieg. Im September 1915 organisierte Robert Grimm in Zimmerwald und im April 1916 in Kiental zwei internationale Konferenzen an denen als gemeinsame Aktion der internationalen Bewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen ein Manifest für den Frieden erarbeitet und anschliessend verbreitet wurde.

Heute herrschen in über 2/3 aller Länder der Welt gewaltvolle Krisen und Kriege und noch nie waren so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Anlässlich der 100 Jahr Feier der Zimmerwalder Konferenz führt die Robert-Grimm-Gesellschaft gemeinsam mit Arbeit Bildung Bern die Tagung „Die Internationale Bewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen den Krieg – gestern, heute und morgen“ durch. Im Mittelpunkt steht die historische Auseinandersetzung mit der Zimmerwalder Bewegung und dem Internationalismus der Arbeiterbewegung. Diese historische Auseinandersetzung soll aber auch als Grundlage für eine Debatte über die von Zimmerwald aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen über die internationale sozialistische Bewegung und deren Friedensarbeit dienen. Auch nach dem Ersten Weltkrieg waren es immer wieder Fragen von Krieg und Frieden, die zu Spaltungen und Konflikten der Linken führten (z.B. der Algerienkrieg in Frankreich um 1960, der Vietnamkrieg in der US-amerikanischen Arbeiterbewegung und die Kriege im Balkan dem Nahen Osten und Zentralasien in den letzten Jahrzehnten). Und es stellt sich die Frage, wie ist eine Solidarität der gewerkschaftlichen und sozialistischen Kräfte über nationale Grenzen hinweg auch zur Schaffung und zum Erhalt von Frieden möglich?

Um eine Friedensbewegung zu stärken braucht es zunächst eine gemeinsame Wahrnehmung einer Bedrohung wie auch eine gemeinsame Analyse über die Ursachen der Probleme. Doch das ist nicht so einfach. Im Rahmen der Vorarbeiten zu dieser Tagung wurde diskutiert, ein aktuelles Manifest für den Frieden zu erarbeiten. Ein erster Entwurf wurde im März 2015 anlässlich der 100-Jahr Feier der sozialistischen Frauenkonferenz in Bern im Rahmen der Bildungsveranstaltung der Stiftung SP Bildung vorgestellt. Im April 2015 verabschiedeten die Young European Socialists in Winterthur ein Manifest mit dem Titel „War on War!“. Der Entwurf vom März 2015 sowie das YES Manifest wurden von mir und dem Präsidenten der JUSO Schweiz, Fabian Molina, zahlreichen interessierten Organisationen zugestellt und in Vernehmlassung gegeben mit dem Ziel, bis September 2015 ein gemeinsames Manifest für den Frieden zu erarbeiten. Bis Ende Juni konnten Friedensorganisationen, interessierte Privatpersonen, Parteien etc. Rückmeldung geben. Im Anschluss daran fand am 19. Juli 2015 mit denjenigen, die sich in der Vernehmlassung geäußert hatten, ein Workshop statt. Einige Passagen des YES Manifestes wurden im Text „Gegen Krieg und Gewalt – für Frieden und menschliche Sicherheit“ übernommen. Der überarbeitete Text „Gegen Krieg und Gewalt – für Frieden und menschliche Sicherheit“ wurde dann dem Vorstand und anschliessend den Mitgliedern der Robert-Grimm-Gesellschaft zugestellt mit der Frage um Unterstützung durch die Robert-Grimm-Gesellschaft. Ein knappes Mehr der mitten in den Sommerferien kurzfristig angefragten Mitglieder befürwortete die Unterstützung des Manifestes durch die Gesellschaft. Zahlreiche Antworten zeigten aber auch, dass es Punkte gibt, die weiter diskutiert werden sollten. Die vorliegende Broschüre „Gemeinsam für

den Frieden“, in der die verschiedenen Resolutionen, welche von der Internationalen sozialistischen Friedenskonferenz in Basel 1912 bis Zimmerwald im September 1915 und Kiental im April 1916 führten, sowie die beiden aktuellen Dokumente vorgestellt werden, soll als Grundlage zur Diskussion dienen. Wenn es gelingt, für die zu diskutierenden Punkte eine gemeinsame Sprache und einen gemeinsamen Weg zu finden, kann die internationale Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter, und mit ihr die internationale Friedensbewegung, Kraft gewinnen.

Die Zweite Internationale für den Frieden

An den Kongressen der Zweiten Internationalen wurde 1907 in Stuttgart, 1910 in Kopenhagen und 1912 in Basel deutlich gemacht, dass es die Aufgabe der Arbeiterklasse sei, einem Kriegsausbruch mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Gleichzeitig aber akzeptierten die Delegierten, dass es im Falle eines äusseren Angriffs in allen Ländern die Pflicht zur Landesverteidigung gab. So kam es, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands schon am 4. August 1914, kurz nach Ausbruch des Krieges, den Antrag, weitere Mittel zur Landesverteidigung zur Verfügung zu stellen, unterstützte.

Robert Grimm schreibt dazu rückblickend in der Broschüre „Zimmerwald und Kiental“ von 1917: „So war die Katastrophe des 4. August 1914 mehr als nur der Zusammenbruch der Internationalen, mehr als nur das vorübergehende Aufhören ihrer Funktionen. Sie war der Zusammenbruch des Sozialismus im eigentlichen Sinne des Wortes.“ Die Internationale, welche den Frieden suchte, war gescheitert an der grundsätzlich akzeptierten Möglichkeit, das Land bei Angriff zu verteidigen.

Mit insgesamt 17 Millionen geschätzten Toten ging der Erste Weltkrieg als „Totaler Krieg“ in die Geschichte ein. Die umfassende Mobilmachung aller volkswirtschaftlichen Ressourcen sowie die Schaffung einer Kriegsgesellschaft

veränderten die Gesellschaft und das Leben massgeblich. Eigentlich hätte nun im Sinne der Internationalen die durch den Krieg entstandene politische und wirtschaftliche Krise umgehend und „energisch zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Herrschaft ausnutzen sollen“. Doch dies geschah nicht. Die internationale Arbeiterschaft war in nationale Gruppierungen zerfallen.

Robert Grimm schreibt dazu: „Der Zusammenbruch der Internationalen bedeutet nicht nur, dass die bisherigen Bande der internationalen proletarischen Beziehungen jäh zerstört wurden. Die Katastrophe der Internationalen war die Geburt der nationalen Solidarität zwischen der Arbeiterklasse und ihren Ausbeutern. Dem Abbruch der internationalen Solidarität folgte gleichzeitig die Errichtung des Burgfriedens. Das heisst praktisch, dass die Arbeiter nicht nur auf den Kampf gegen den Krieg schlechthin verzichteten. Sie unterstützten und förderten ihn im Gegenteil. Widerstandslos liessen sie sich von den Schmutzbächen des Chauvinismus und des nationalen Hasses treiben, ja es war nicht nur ein passives Gewähren lassen, sondern ein bewusstes Mitschwimmen. Die Unterstützung der Kriegspolitik wurde als proletarische Notwendigkeit proklamiert und der Begriff Landesverrat, über den man sich früher mit beissendem Spott und Hohn lustig machte, wurde jetzt auch von den Arbeitern in jenem Sinne aufgefasst, den ihm die herrschenden Klassen seit langem verliehen hatten.“⁶

Es wurden verschiedene Versuche unternommen, die so jäh zerrissenen Bande der internationalen proletarischen Solidarität neu zu knüpfen. Ende September 1914 fand in Lugano eine italienisch-schweizerische Konferenz statt. In einer kurzen Resolution wurde der Ursprung und der imperi-

⁶ Grimm, R. (1917). Zimmerwald und Kiental. Bern.

alistische Charakter des Krieges festgestellt und dass es nicht die Aufgabe der Arbeiterklasse sein könne, gemeinsam mit ihren Unterdrückern fremde Völker durch das Mittel des Krieges befreien zu wollen. Die schweizerische Parteileitung erhielt den Auftrag, unverzüglich Schritte zur Wiederherstellung der internationalen Beziehungen einzuleiten. Danach wurde das Internationalen Sozialistische Bureaus von Brüssel nach Den Haag verlegt und die amerikanischen Sozialisten luden zu einem internationalen Kongress nach Washington, doch der Kongress konnte nicht abgehalten werden. Nun traten die skandinavischen Parteien auf den Plan. Mit einer Konferenz der Neutralen glaubten sie die Internationale wieder auf die Beine zu bringen. Grimm schreibt 1917: „Nicht einmal alle Parteien der neutralen Länder erschienen, und man kam über eine lendenlahme Resolution, die sich scheute, das Kind beim richtigen Namen zu nennen, nicht hinaus.“

Die Internationale sozialistische Frauenkonferenz in Bern, 26.-28. März 1915

Vom 26. bis zum 28. März 1915 tagte die internationale sozialistische Frauenkonferenz in Bern. Ziel war es, eine internationale Friedensaktion der sozialistischen Frauen auf die Beine zu stellen. Insgesamt waren 25 Vertreterinnen aus England (4), Deutschland (7), Frankreich (1), Russland (6), Polen (1), Holland (3), Italien (1) und der Schweiz (2) an der Konferenz anwesend⁷. Die Österreicherinnen und Belgierinnen waren aus unterschiedlichen Gründen verhindert.

Den Verhandlungen über die Friedensaktion lag ein Entwurf einer Friedenerklärung zu Grunde, Das Manifest der Berner Frauenkonferenz „Frauen des arbeitenden Volkes“ wurde von einer Kommission entworfen, der u.a. Angelica Balabanoff, Käte Duncker und Martha Arendsee angehörten. Auch Robert Grimm hatte an diesem Manifest mitgearbeitet, der sich auch um die Organisation der Konferenz verdient gemacht hatte.⁸

⁷ Aus Berlin und Umgebung nahmen Käte Duncker, Margarethe Wengels und Martha Arendsee, aus Düsseldorf Lore Agnes, aus Stuttgart Bertha Thalheimer und aus Frankfurt/Main Toni Sender teil. N. Krupskaja und I. Armand vertraten die Gruppe der Bolschewiki aus Russland, Angelica Balabanoff nahm als Vertreterin der Schweiz teil.

⁸ Plener, U. (Hrsg.). (2008). Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen. Manuskripte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 76

Der Entwurf umfasste die Grundlagen der sozialistischen Friedenspolitik und forderte die Frauen auf, unverzüglich alles zu tun, um den Frieden zu fördern, namentlich durch politische Kundgebungen. Des Weiteren wurde explizit darauf hingewiesen, dass eine internationale sozialistische Friedensaktion Teil einer internationalen Friedensaktion der Bewegung aller Arbeiter und Arbeiterinnen sein sollte, die rasch und unverzüglich in die Wege geleitet werden sollte.

Diesem Entwurf stand ein Entwurf der Genossinnen aus Russland entgegen, der die Parteien, welche die Kriegskredite bewilligten, aufs schärfste verurteilte und eine Friedensaktion der Frauen als Teil des revolutionären Kampfes für den Sozialismus sah. Der zweite Entwurf unterlag der Mehrheit der Frauen, die ausdrücklich das Ziel verfolgte, verbindend zu wirken.

Das letztlich einstimmig angenommene Manifest rief alle Frauen des arbeitenden Volkes auf, ihren Protest gegen den Krieg zu erheben.

Frauen des arbeitenden Volkes⁹

Wo sind eure Männer? Wo sind eure Söhne? Seit zwölf Monaten stehen sie draußen im Feld.

Sie sind ihrer Arbeit, ihrem Heim entrissen: Jünglinge, die Stütze und Hoffnung ihrer Eltern; Männer in der Blüte ihrer Jahre; Männer mit ergrauendem Haar, die Ernährer ihrer Familien. Sie alle tragen den bunten Rock, Hausen in den Schützengräben, sind kommandiert zu vernichten, was fleißige Arbeit geschaffen hat.

Millionen ruhen bereits in den Massengräbern. Hunderttausende und Aberhunderttausende liegen in den Lazaretten — mit zerfetzten Leibern, mit zerschmetterten Gliedern, mit erblindeten Augen und zerstörtem Hirn, gepackt von Seuchen oder niedergeworfen vor Erschöpfung. Verbrannte Dörfer und Städte, zertrümmerte Brücken, vernichtete Wälder und zerwühlte Äcker sind die Spuren ihrer Taten.

Proletarierfrauen! Man hat euch gesagt, eure Männer und Söhne seien hinausgezogen, euch, die schwachen Frauen, eure Kinder, euer Haus und euern Herd zu schützen. Wie ist die Wirklichkeit? Auf den Schultern der „schwachen“ Frauen ist doppelte Last gehäuft. Schutzlos seid ihr dem Kummer und der Not überantwortet. Eure Kinder hungern

⁹ Manifest der Frauenkonferenz Bern im März 1915, aus: Die Vorkämpferin, Nr. 9, 1915, S. 2-3

und frieren, das Dach über eurem Kopf droht man euch zu nehmen, euer Herd ist kalt und leer.

Man hat euch geredet von der einen großen Brüder- und Schwesternschaft zwischen hoch und niedrig, von dem Burgfrieden zwischen arm und reich. Nun, der Burgfrieden zeigt sich darin, dass der Unternehmer eure Löhne drückt, der Händler und Wirt euch auf die Straße zu setzen droht. Der Staat hat für euch karge Hand, die bürgerliche Wohltätigkeit kocht Bettelsuppen und empfiehlt euch zu sparen.

Was ist der Zweck des Krieges, der euch so furchtbare Leiden bringt? Man sagt: das Wohl, die Verteidigung des Vaterlandes. Was ist das Wohl des Vaterlandes? Sollte es nicht das Wohl vieler Millionen bedeuten, das Wohl der Millionen, die der Krieg zu Leichen, zu Krüppeln, zu Arbeitslosen, zu Bettlern, zu Witwen und zu Waisen macht?

Wer gefährdet das Wohl des Vaterlandes Sind es die Männer, die jenseits der Grenze in anderer Uniform stecken, sie, die so wenig wie eure Männer den Krieg gewollt haben, noch wissen, weshalb sie ihre Brüder in anderen Waffenröcken morden sollen?

Nein Gefährdet ist das Vaterland durch alle, die aus der Not der breiten Massen Reichtum schöpfen und ihre Herrschaft auf der Unterdrückung aufbauen.

Wem nützt der Krieg? Nur einer kleinen Minderheit in jeder Nation. Zunächst den Fabrikanten von Flinten und Kanonen, von Panzerplatten und Torpedobooten, den Werftbesitzern und den Lieferanten des Heeresbedarfs. Im Interesse ihres Profits haben sie den Hass unter den Völkern geschürt und so zum Ausbruch des Krieges beigetragen. Der Krieg nützt des Weiteren den Kapitalisten überhaupt. Hat nicht die Arbeit der enterbten und ausgebeuteten Massen Waren aufgehäuft, die jene nicht verbrauchen dürfen, die sie erzeug-

ten? Sie sind ja arm, sie können nicht dafür zahlen. Arbeiterschweiß hat diese Waren geschaffen. Arbeiterblut soll ihnen neue Absatzmärkte im Auslande erkämpfen. Kolonialländer sollen erobert werden, wo die Kapitalisten die Schätze des Bodens rauben und billigste Arbeitskräfte ausbeuten können.

Nicht die Verteidigung des Vaterlandes, seine Vergrößerung ist der Zweck dieses Krieges. So will es die kapitalistische Ordnung, denn ohne die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen kann sie nicht bestehen.

Die Arbeiter haben durch diesen Krieg nichts zu gewinnen, wohl aber alles zu verlieren, was ihnen lieb und teuer ist. Arbeiterfrauen, Arbeiterinnen! Die Männer der kriegführenden Länder sind zum Schweigen gebracht worden. Der Krieg hat ihr Bewusstsein getrübt, ihren Willen gelähmt, ihr ganzes Wesen entstellt. Aber ihr Frauen, die ihr neben der nagenden Sorge um euere Lieben im Felde daheim Not und Elend ertragt, worauf wartet ihr noch, um eueren Willen zum Frieden, euern Protest gegen den Krieg zu erheben? Was schreckt ihr zurück? Bisher habt ihr für eure Lieben geduldet, nun gilt es, für eure Männer, für eure Söhne zu handeln!

Genug des Mordens! Dieser Ruf erschallt in allen Sprachen. Millionen von proletarischen Frauen erheben ihn. Er findet Widerhall in den Schützengräben, wo das Gewissen der Volkssöhne sich gegen das Morden empört. Frauen des werktätigen Volkes! In diesen schweren Tagen haben sich Sozialistinnen aus Deutschland, England, Frankreich und Russland zusammengefunden. Eure Nöte, eure Leiden haben ihre Herzen bewegt. Um eurer und eurer Lieben Zukunft willen rufen sie euch zum Friedenswerke auf.

Wie über die Schlachtfelder hinweg sich ihr Wille zusammenfand, so müsst auch ihr euch aus allen Ländern zu-

sammenscharen, um den einen Ruf zu erheben: Friede, Friede! Der Weltkrieg hat euch das größte Opfer auferlegt! Die Söhne, die ihr im Schmerz und Leid geboren, unter Müh' und Sorgen erzogen, die Männer, die eure Gefährten im harten Lebenskampf sind, raubt er euch. Im Vergleich mit diesen Opfern sind alle andern klein und nichtig. Die ganze Menschheit blickt auf euch, ihr Proletarierinnen der kriegführenden Länder. Ihr sollt die Heldinnen, ihr sollt die Erlöserinnen werden!

Vereinigt euch in einem Willen, in einer Tat! Was eure Männer, eure Söhne noch nicht beteuern können, verkündet ihr es millionenfach: Das Volk der Arbeit aller Länder ist ein Volk von Brüdern. Nur der einige Wille dieses Volkes kann dem Morden Einhalt gebieten. Der Sozialismus allein ist der künftige Menschheitsfriede. Nieder mit dem Kapitalismus, der dem Reichtum und der Macht der Besitzenden Hekatonben von Menschen opfert! Nieder mit dem Kriege! Durch zum Sozialismus.

Die Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen in Bern, 4.-6. April 1915

Vom 4.-6. April 1915 fand in Bern eine Konferenz der Internationalen Vereinigung sozialistischer Jugendorganisationen (IVSJ) mit 16 Delegierten aus 10 Ländern statt. Willi Münzenberg wurde an der Konferenz zum Sekretär gewählt. Ihm gelang es in den kommenden Jahren mit ungewöhnlicher Tatkraft eine umfassende Organisation aufzubauen.

Eine von der Konferenz gewählte Kommission hatte die Resolution ausgearbeitet. In der Diskussion zeigte sich, dass die internationale Solidarität der Arbeiterjugend aller Länder noch immer stark war. In der Berner Tagwacht vom 17. April 1915 wird berichtet, alle Redner seien sich einig gewesen in der Verurteilung des Krieges und dass dieser umgehend beendet werden müsse. Und weiter: „Der Teil der russischen delegierten, welche die Jugendorganisationen vertraten, die dem Zentralkomitee angeschlossen waren, hatten gemeinsam mit der polnischen Delegation einen eigenen Resolutionsentwurf ausgearbeitet. Diese Resolution begnügte sich nicht mit der grundsätzlichen Feststellung, sondern nahm Stellung zu dem Verhalten der Parteien in den einzelnen kriegführenden Ländern. Die Konferenz aber war der Ansicht, dass hier nicht der Ort sei, um über die Parteien zu

Gericht zu sitzen und dass weitere praktische Gründe gegen diesen Resolutionsentwurf sprechen.

Der Entwurf eines Teiles der russischen Delegation wird mit 14 gegen 4 Stimmen abgelehnt. Als hierauf ein Teil der russischen Delegation Zusatzanträge zu der Resolution der Kommission stellt, werden diese bei gleichem Stimmenverhältnis ebenfalls abgelehnt und hierauf gegen die Stimmen der holländischen und eines Teils der russischen Delegation und bei Stimmenthaltung der polnischen Delegation mit 13 gegen 3 Stimmen“ angenommen.¹⁰

¹⁰ Internationale Sozialistische Jugendkonferenz in Bern : offizieller Verhandlungsbericht. In: Berner Tagwacht : offizielles Publikationsorgan der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. - Bern, Samstag, 17. April 1915, Jg. 23, Nr. 88, S. 1 - 2.

Resolution der internationalen sozialistischen Jugendorganisationen¹¹

Die internationale sozialistische Jugendkonferenz, die am 5., 6. und 7. April 1915 in Bern tagte und von den Delegierten aus neun Ländern beschickt war, erneuert die Beschlüsse der internationalen sozialistischen Jugendkonferenzen zu Stuttgart, Kopenhagen und Basel, durch welche die Arbeiterjugend aller Länder zum Kampfe gegen den völkermordenden Krieg und gegen den Militarismus aufgerufen wird.

Die Konferenz stellt mit tiefen Bedauern fest, dass wie die sozialistischen Organisationen der Erwachsenen auch die sozialistischen Organisationen der Jugendlichen in den meisten Ländern beim Ausbruch des Krieges nicht nach den erwähnten Beschlüssen gehandelt haben.

Der gegenwärtige Krieg ist das Ergebnis der imperialistischen Politik der herrschenden Klassen aller kapitalistischen Länder. Auch wo er von den herrschenden Klassen und ihren Regierungen als Verteidigungskrieg ausgegeben

¹¹ Internationale Sozialistische Jugendkonferenz in Bern : offizieller Verhandlungsbericht. In: Berner Tagwacht : offizielles Publikationsorgan der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz. - Bern, Samstag, 17. April 1915, Jg. 23, Nr. 88, S. 1 - 2.

wird, ist er die Folge dieser volksfeindlichen, mit dem Kapitalismus unzertrennlichen Politik. Der Krieg steht in einem unversöhnlichen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse, deren Lebenskraft er bedroht und vernichtet, deren Organisationen er lähmt, deren Aktionsfähigkeit gegen das internationale Ausbeutertum er hemmt.

Die Politik des klassenversöhnenden Burgfriedens ist die Politik der Abdankung der Sozialdemokratie als Partei des proletarischen Klassenkampfes und die Preisgabe des Klassenkampfes bedeutet die Preisgabe der Lebensinteressen und der Ideale des Proletariats.

Von diesen Erwägungen ausgehen, erhebt die internationale sozialistische Jugendkonferenz den Ruf nach sofortiger Beendigung des Krieges. Sie begrüsst mit Freuden die Versuche der Parteigruppen in den kriegführenden Ländern, insbesondere die Beschlüsse der internationalen proletarischen Frauenkonferenz, durch die Wiederaufnahme von klassenkämpferischen Aktionen seitens der Arbeiterschaft den Frieden von den herrschenden Klassen zu erzwingen. Sie erklärt es als Pflicht der Jugendgenossen und Jugendgenossinnen in den kriegführenden Ländern, diese immer mehr um sich greifende, auf den Frieden gerichtete Bewegung energisch zu unterstützen. Von den Jugendorganisationen der neutralen Staaten erwartet die Konferenz die tatkräftige Unterstützung dieser Friedensaktion.

Die Konferenz erhebt nachdrücklich Protest gegen die Versuche, die sozialistischen Jugendorganisationen in den Dienst der bürgerlich-militaristischen Jugendwehren zu stellen und damit die Arbeiterjugend von ihrer eigentlichen Aufgabe: der sozialistischen Erziehung, dem Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung und gegen den Militarismus abzulenken.

Angesicht der furchtbaren Folgen des gegenwärtigen Krieges, der selbst die kaum der Schule erwachsene Jugend rücksichtslos als Kanonenfutter verwendet, betont die Konferenz die Notwendigkeit, die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder über die Ursachen und das Wesen des Krieges und des Militarismus, als unvermeidlicher Begleiterscheinung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, noch viel intensiver als bisher aufzuklären, sie im Geiste des internationalen Klassenkampfes zu erziehen und sie so immer fester und zahlreicher um das Banner des revolutionären Sozialismus zu scharen.

Die Abrüstungsfrage.

(...) Mit 9 gegen 5 Stimmen wurde der folgende Antrag angenommen: Die Internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen fordert die Jugendorganisationen aller Länder auf, innerhalb der Arbeiterbewegung ihres Landes dahin zu wirken, dass die Forderung der völligen Entwaffnung als Programmpunkt erklärt wird.

Die Zimmerwalder Konferenz, 5.-8. September 1915

Schon im Herbst 1914 fand auf Initiative der SPS eine Konferenz der Sozialisten der neutralen Staaten statt. Die Anregung zu einer Konferenz, an der auch die internationalistisch gebliebenen Minderheiten aus den Krieg führenden Ländern teilnehmen sollten, kam im Frühling 1915 vom russischen Menschewisten Leo Martov in einem Brief an Robert Grimm. Nachdem der Parteivorstand der SPS im Mai 1915 das Projekt einer solchen Konferenz abgelehnt hatte, handelte Grimm auf eigene Faust. Am 11. Juli fand in Bern eine vorberatende Besprechung statt, an der neben Grimm je zwei Vertreter Italiens, Polens und Russlands teilnahmen. Vom 5.-8. September 1915 trat in dem Schweizer Dorf Zimmerwald bei Bern die erste internationale sozialistische Konferenz gegen den Ersten Weltkrieg zusammen, an der 38 Delegierte aus elf Ländern teilnahmen.¹²

¹² **Schweiz:** Robert Grimm (Organisator), Carl Moor, Charles Naine, Fritz Platten (Sozialdemokratische Partei). **Russland:** Wladimir Iljitsch Lenin, Grigori Jewsejewitsch Sinowjew, Winter (Pseudonym von Jan Antonowitsch Berzin) (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands-Bolschewiki); Leon Trotzky (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands-Nashe Slovo); Paul Axelrod, Julius Martow (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands-Menschewiki); Lemansky (Pseudonym von Pesach Liebmann Hersch) (Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund); Bobroff (Pseudonym von Marc Natanson), Victor Tschernoff (Sozialrevolutionäre Partei Russlands). **Deutschland:** Adolf Hoffmann, Minna Reinhart, Bertha Thalheimer, Ewald Vogtherr, Ernst Meyer, Georg Ledebour, Heinrich Berges, Josef Herzfeld, Gustav Lachenmaier (diverse Oppositionsgruppen in der SPD); Julian Borchardt (Gruppe „Lichtstrahlen“). **Polen:** Adolf Warski (Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen-Hauptverwaltung); Stanislaw Lapinski (Polnische Sozialistische Partei-Linke); Karl Radek (Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen-Landesvorstand) **Italien:** Costantino Lazzari, Angelica Balabanoff, Giacinto Menotti Ser-

Auch hier gab es innerhalb der Kriegsgegner zwei grundlegend verschiedene Positionen: Während die Mehrheit pazifistisch eingestellt war und für eine möglichst rasche Beendigung des Weltkrieges eintrat, wollte eine Minderheit, die so genannte „Zimmerwalder Linke“ mit Lenin, den Weltkrieg in einen Krieg zum Sozialismus umfunktionieren wollte. Die Zimmerwalder Linke setzte sich jedoch nicht durch und so forderte das Manifest den „Kampf für den Frieden, für die Freiheit, für die Völkerverbrüderung, für den Sozialismus“ Es machte sich stark für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen und sah als unerschütterlichen Grundsatz für eine zukünftige Friedensordnung das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“.¹³

rati, Oddino Morgari, Giuseppe Emmanuele Modigliani (Partito Socialista Italiano) **Rumänien:** Christian Rakovsky **Bulgarien:** Wassili Petrowitsch Kolarov (Bulgarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei) **Niederlande:** Henriëtte Roland Holst (Revolutionair Socialistische Vereeniging) **Frankreich:** Alphonse Merrheim, Albert Bourderon (Confédération Générale du Travail-Minorité) **Schweden:** Zeth Höglund und Ture Nerman (Sozialdemokratischer Jugendverband Schwedens und Norwegens) (Zusammengestellt von Adrian Zimmermann).

¹³ Koller, Chr. (2005). Subversive Ornithologen. Rote Revue, 2, S. 35-38.

Proletarier Europas!¹⁴

Mehr als ein Jahr dauert der Krieg. Millionen von Leichen bedecken die Schlachtfelder, Millionen von Menschen wurden für ihr ganzes Leben zu Krüppeln gemacht. Europa gleicht einem gigantischen Menschenschlachthaus. Die ganze, durch die Arbeit vieler Generationen geschaffene Kultur ist der Verwüstung geweiht. Die wildeste Barbarei feiert heute ihren Triumph über alles, was bis jetzt den Stolz der Menschheit ausmachte.

Welches auch immer die Wahrheit über die unmittelbare Verantwortung für den Ausbruch dieses Krieges sei – das eine steht fest: Der Krieg, der dieses Chaos erzeugte, ist die Folge des Imperialismus, des Strebens der kapitalistischen Klassen jeder Nation, ihre Profitgier durch die Ausbeutung der menschlichen Arbeit und der Naturschätze des ganzen Erdballs zu nähren.

Wirtschaftlich rückständige oder politisch schwache Nationen fallen dabei der Unterjochung durch die Großmächte anheim, die in diesem Kriege versuchen, die Weltkarte ihrem Ausbeutungsinteresse entsprechend mit Blut und Eisen neu zu gestalten. So droht ganzen Völkern und Ländern, wie Belgien, Polen, den Balkanstaaten, Armenien, das Ge-

¹⁴ Das Zimmerwalder Manifest vom 8. September 1915. Deutscher Text nach: Angelica Balabanoff, Die Zimmerwalder Bewegung 1914-1919, Leipzig (Hirschfeld) 1928, S.17-20.

schick, als Beutestücke im Spiel der Kompensationen, ganz oder in Teile zerrissen, annektiert zu werden.

Die treibenden Kräfte des Krieges treten in seinem Verlauf in ihrer ganzen Niedertracht hervor. Fetzen um Fetzen jenes Schleiers fällt, mit dem der Sinn dieser Weltkatastrophe vor dem Bewusstsein der Völker verhüllt wurde. Die Kapitalisten aller Länder, die aus dem vergossenen Blut des Volkes das rote Gold der Kriegsprofite münzen, behaupten, der Krieg diene der Verteidigung des Vaterlandes, der Demokratie, der Befreiung unterdrückter Völker. Sie lügen. In Tat und Wahrheit begraben sie auf den Stätten der Verwüstung die Freiheit des eigenen Volkes mitsamt der Unabhängigkeit anderer Nationen. Neue Fesseln, neue Ketten, neue Lasten entstehen, und das Proletariat aller Länder, der siegreichen wie der besiegten, wird sie zu tragen haben. Hebung des Wohlstandes ward beim Ausbruch des Krieges verkündet – Not und Entbehrung, Arbeitslosigkeit und Teuerung, Unterernährung und Volksseuchen sind das wirkliche Ergebnis. Auf Jahrzehnte hinaus werden die Kriegskosten die besten Kräfte der Völker verzehren, die Errungenschaften der sozialen Reformen gefährden und jeden Schritt nach vorwärts verhindern.

Kulturelle Verödung, wirtschaftlicher Niedergang, politische Reaktion – das sind die Segnungen dieses gräuervollen Völkerringens.

So enthüllt der Krieg die nackte Gestalt des modernen Kapitalismus, der nicht nur mit den Interessen der Arbeitermassen, nicht nur mit den Bedürfnissen der geschichtlichen Entwicklung, sondern mit den elementaren Bedingungen der menschlichen Gemeinschaft unvereinbar geworden ist.

Die herrschenden Gewalten der kapitalistischen Gesellschaft, in deren Händen das Geschick der Völker ruhte,

die monarchischen wie die republikanischen Regierungen, die Geheimdiplomatie, die mächtigen Unternehmerorganisationen, die bürgerlichen Parteien, die kapitalistische Presse, die Kirche – sie alle tragen das volle Gewicht der Verantwortung für diesen Krieg, welcher aus der sie nährenden und von ihnen geschützten Gesellschaftsordnung entstanden ist und für ihre Interessen geführt wird.

Arbeiter! Ausgebeutet, entrechtet, missachtet nannte man euch beim Ausbruch des Krieges, als es galt, euch auf die Schlachtbank, dem Tode entgegenzuführen, Brüder und Kameraden. Und jetzt, da euch der Militarismus verkrüppelt, zerfleischt, erniedrigt und vernichtet, fordern die Herrschenden von euch die Preisgabe eurer Interessen, eurer Ziele, eurer Ideale, mit einem Wort: die sklavische Unterordnung unter den Burgfrieden. Man beraubt euch der Möglichkeit, eure Ansichten, eure Gefühle, euren Schmerz zu äußern, man verwehrt es euch, eure Forderungen zu erheben und sie zu vertreten. Die Presse geknebelt, die politischen Rechte und Freiheiten mit Füßen getreten – so herrscht heute Militärdiktatur mit eiserner Faust.

Diesem Zustand, der die gesamte Zukunft Europas und der Menschheit bedroht, können und dürfen wir nicht weiter tatenlos gegenüberstehen. Jahrzehntelang hat das sozialistische Proletariat den Kampf gegen den Militarismus geführt. Mit wachsender Besorgnis beschäftigten sich seine Vertreter auf ihren nationalen und internationalen Tagungen mit der aus dem Imperialismus immer bedrohlicher hervorgehenden Kriegsgefahr. Zu Stuttgart [1907], zu Kopenhagen [1910], zu Basel [1912] haben die internationalen sozialistischen Kongresse den Weg gezeichnet, den das Proletariat zu betreten hat.

Sozialistische Parteien und Arbeiterorganisationen verschiedener Länder, die diesen Weg mitbestimmten, haben die daraus fließenden Verpflichtungen seit Beginn des Krieges missachtet. Ihre Vertreter haben die Arbeiterschaft zur Einstellung des Klassenkampfes, des einzig möglichen und wirksamen Mittels der proletarischen Emanzipation, aufgefordert. Sie haben den herrschenden Klassen die Kredite zur Kriegsführung bewilligt, sie haben sich den Regierungen zu den verschiedensten Diensten zur Verfügung gestellt, sie haben durch ihre Presse und ihre Sendboten die Neutralen für die Regierungspolitik ihrer Länder zu gewinnen versucht, sie haben den Regierungen sozialistische Minister als Geiseln zur Wahrung des Burgfriedens ausgeliefert, und damit haben sie vor der Arbeiterklasse, vor ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft die Verantwortung für diesen Krieg, für seine Ziele und Methoden übernommen. Und wie die einzelnen Parteien, so versagte die berufenste Vertretung der Sozialisten aller Länder: das internationale sozialistische Büro.

Diese Tatsachen haben es mitverschuldet, dass die internationale Arbeiterklasse, die der nationalen Panik der ersten Kriegsperiode nicht anheimfiel oder sich davon befreite, noch bis jetzt, im zweiten Jahre des Völkermordens, keine Mittel und Wege fand, um den tatkräftigen Kampf für den Frieden gleichzeitig in allen Ländern aufzunehmen.

In dieser unerträglichen Lage haben wir, die Vertreter der sozialistischen Parteien, Gewerkschaften und ihrer Minderheiten, wir Deutsche, Franzosen, Italiener, Russen, Polen, Letten, Rumänen, Bulgaren, Schweden, Norweger, Holländer und Schweizer, wir, die nicht auf dem Boden der nationalen Solidarität mit der Ausbeuterklasse, sondern auf dem Boden der internationalen Solidarität des Proletariats und des Klassenkampfes stehen, uns zusammengefunden, um die

zerrissenen Fäden der internationalen Beziehungen neu zu knüpfen und die Arbeiterklasse zur Selbstbesinnung und zum Kampfe für den Frieden aufzurufen.

Dieser Kampf ist der Kampf für die Freiheit, für die Völkerverbrüderung, für den Sozialismus. Es gilt, dieses Ringen um den Frieden aufzunehmen, für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen. Ein solcher Friede aber ist nur möglich unter Verurteilung jedes Gedankens an eine Vergewaltigung der Rechte und Freiheiten der Völker. Weder die Besetzung von ganzen Ländern noch von einzelnen Landesteilen darf zu ihrer gewaltsamen Einverleibung führen. Keine Annexion, weder eine offene, noch eine maskierte, auch keine zwangsweise wirtschaftliche Angliederung, die durch politische Entrechtung nur noch unerträglicher gemacht wird. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker muss unerschütterlicher Grundsatz in der Ordnung der nationalen Verhältnisse sein.

Proletarier! Seit Ausbruch des Krieges habt ihr eure Tatkraft, euren Mut, eure Ausdauer in den Dienst der herrschenden Klassen gestellt. Nun gilt es, für die eigene Sache, für die heiligen Ziele des Sozialismus, für die Erlösung der unterdrückten Völker wie der geknechteten Klassen einzutreten durch den unversöhnlichen proletarischen Klassenkampf. Aufgabe und Pflicht der Sozialisten der kriegführenden Länder ist es, diesen Kampf mit voller Wucht aufzunehmen, Aufgabe und Pflicht der Sozialisten der neutralen Staaten, ihre Brüder in diesem Ringen gegen die blutige Barbarei mit allen wirksamen Mitteln zu unterstützen.

Niemals in der Weltgeschichte gab es eine dringendere, eine höhere, eine erhabener Aufgabe, deren Erfüllung unser gemeinsames Werk sein soll. Kein Opfer zu groß, keine Last

zu schwer, um dieses Ziel: den Frieden unter den Völkern zu erreichen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Mütter und Väter! Witwen und Waisen! Verwundete und Verkrüppelte! Euch allen, die ihr vom Kriege und durch den Krieg leidet, rufen wir zu: Über die Grenzen, über die dampfenden Schlachtfelder, über die zerstörten Städte und Dörfer hinweg, Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Zimmerwald (Schweiz), im September 1915.

Die Konferenz in Kiental, 24.-30. April 1916

Da auch nach Zimmerwald Differenzen zwischen den verschiedenen sozialistischen Gruppierungen in den Ländern Europas schwelten, wurde eine weitere Konferenz, die wiederum Grimm organisierte, einberufen. An der Konferenz nahmen 43 Delegierte aus neun Ländern teil und sie gerieten härter als in Zimmerwald aufeinander. Die Zimmerwalder Linke setzte sich diesmal stärker durch, darum war das Manifest von Kiental radikaler formuliert als dasjenige von Zimmerwald. Die sozialistischen Parlamentarier in den Ländern wurden aufgefordert, von nun an gegen Kriegskredite zu stimmen (Koller, 2005).

*Manifest an die Völker,
die man zu Grunde richtet und tötet*

Proletarier aller Länder vereinigt euch

*Zwei Jahre Weltkrieg! Zwei Jahre der Verwüstung!
Zwei Jahre der Blutopfer und des Wütens der Reaktion!*

*Wer trägt die Verantwortung? Wer steht hinter denen,
welche die Brandfackel ins Pulverfass werfen? Wer hat den
Krieg seit langem gewollt und vorbereitet?*

Es sind die herrschenden Klassen!

*Als wir Sozialisten aus kriegsführenden und neutralen
Ländern im September 1915 uns über den blutigen Wirrwarr
hinweg die Hände reichten und uns in Zimmerwald mitten in
den entfesselten Kriegsleidenschaften vereinigten, sagten wir
in unserem Manifest:*

*„Die herrschenden Gewalten der kapitalistischen Ge-
sellschaft, in deren Händen das Geschick der Völker ruhte,
die monarchischen wie die republikanischen Regierungen,
die Geheimdiplomatie, die mächtigen Unternehmerorganisa-
tionen, die bürgerlichen Parteien, die kapitalistische Presse,
die Kirche – sie alle tragen das volle Gewicht der Verant-
wortung für diesen Krieg, welcher aus der sie nährenden und
von ihnen geschützten Gesellschaftsordnung entstanden ist
und für ihre Interessen geführt wird.“*

„Jede Nation“, so sprach Jaurès einige Tage vor seinem Tode „ist mit brennender Fackel durch die Strassen Europas geeilt.“

Nachdem Millionen Männer ins Grab gesunken, Millionen Familien in Trauer versetzt, Millionen zu Witwen und Waisen gemacht worden sind, nachdem Ruinen auf Ruinen gehäuft und unersetzliche Kulturwerke zerstört wurden, ist dieser Krieg in eine Sackgasse geraten.

Trotz der Hekatomben von Opfern auf allen Fronten keine entscheidenden Resultate! Um diese Fronten auch nur zu erschüttern müssten die Regierungen neue Millionen Männer opfern.

Keine Sieger, keine Besiegten, oder vielmehr alles Besiegte, das heisst: alle verblutend, alle ruiniert, alle erschöpft, das wird die Bilanz dieses greuelreichen Krieges sein. Die herrschenden Klassen können so feststellen, dass ihre phantastischen Träume von der imperialistischen Welt-herrschaft nicht in Erfüllung gegangen sind.

Es hat sich von neuem gezeigt, dass einzig jene Sozialisten den Interessen der Völker gedient haben, die trotz der Verfolgungen und Verleumdungen dem nationalistischen Wahn entgegengetreten sind und einen sofortigen Frieden ohne Annexionen gefordert haben.

Vereinigt euch deshalb mit uns in dem Feldgeschrei: Nieder mit dem Kriege! Es lebe der Frieden!

Arbeiter in Stadt und Land!

Die Regierungen, die imperialistischen Cliques und ihre Presse sagen euch, man müsse durchhalten, um die unterdrückten Nationen zu befreien. Von allen Mitteln der Irreführung, die in diesem Kriege angewendet werden, ist dies

das gröbste. Das wirkliche Ziel dieser allgemeinen Schlächterei ist für die einen die Sicherung dessen, was sie in Jahrhunderten zusammengerafft, in vielen Kriegen erobert haben; die andern wollen die Welt von neuem teilen, um ihren Besitz zu vergrössern; sie wollen neue Gebiete annectieren, Völker zerschneiden und zerreißen, sie zu gewöhnlichen Knechten und Heloten erniedrigen.

Eure Regierungen und ihre Presse sagen euch, dass man den Krieg fortsetzen müsste, um den Militarismus zu vernichten.

Lasst euch nicht täuschen! Der Militarismus einer Nation kann nur durch sie selbst vernichtet werden, und in allen Ländern gilt es, ihn niederzuringen.

Eure Regierungen und ihre Presse sagen euch weiter, dass man den Krieg verlängern müsse, damit es der letzte sei.

Auch das ist eine Täuschung. Niemals hat der Krieg den Krieg getötet. Im Gegenteil. Er weckt Revanchegeleüste, denn Gewalt gebiert Gewalt.

So werden eure Peiniger nach jedem Opfer neue von euch fordern und aus diesem infernalischem Ring führt auch der Weg der bürgerlichen Friedensschwärmerei nicht hinaus.

Nur ein wirksames Mittel gibt es, um Kriege in der Zukunft zu verhindern: die Eroberung der politischen Macht und die Abschaffung des kapitalistischen Eigentums durch die arbeitenden Klassen.

Der dauerhafte Friede wird erst die Frucht des siegreichen Sozialismus sein.

Proletarier!

Wer sind die, die euch die „Durchhaltepolitik“ bis zum „Siege“ predigen?

Es sind die verantwortlichen Urheber des Krieges, die feile Presse, die Kriegslieferanten und alle Nutzniesser des Krieges: es sind die Sozialpatrioten, die Nachbeter bürgerlicher Kriegslosungen; die Reaktionäre sind es, die sich insgeheim darüber freuen, dass auf den Schlachtfeldern jene fallen, welche gestern noch die Vorrechte der Herrschenden bedrohten: die Sozialisten, die Gewerkschafter, alle, die den Samen des Sozialismus in Stadt und Land ausstreuten.

Das ist die Partei der Durchhaltepolitiker!

Sie verfügen über die Regierungsgewalt, sie beherrschen die lügnerische Presse, die das Volk vergiftet, sie haben die Freiheit der Agitation zugunsten der Fortsetzung des Krieges, der Häufung der Blutopfer und der Verwüstung.

Ihr aber seid die Opfer; ihr habt nur das Recht zu hungern und zu schweigen und dazu die Ketten des Belagerungszustandes, die Fesseln der Zensur, die dumpfe Luft des Kerkers.

Ihr, das Volk, die arbeitenden Massen, werdet das Opfer des Krieges, der nicht euer Krieg ist.

In den Schützengräben, in den vordersten Reihen steht ihr, Arbeitende aus Stadt und Land. Hinter der Front aber seht ihr viele der Reichen und ihrer Helfershelfer, die Drückeberger in Sicherheit.

Für sie bedeutet der Krieg den Tod der andern!

Und während sie ihren Klassenkampf noch schärfer gegen euch führen als je zuvor, predigen sie euch den Burgfrieden. Während sie euer Elend, eure Not schonungslos ausbeuten, suchen sie euch zum Verrat an der Pflicht gegen

eure Klasse zu bewegen und euch eure beste Kraft, die Hoffnungen auf den Sozialismus aus dem Herzen zu reissen.

Noch deutlicher als im Frieden zeigen sich im Kriege die soziale Ungerechtigkeit und die Klassenherrschaft.

Im Frieden raubt das kapitalistische System dem Arbeiter alle Lebensfreude, im Kriege raubt es ihm alles, das Leben selbst.

Genug des Mordens! Genug des Leidens!

Genug der Verheerung nicht minder!

Denn auf euch, ihr Arbeitenden, fallen heute und in Zukunft diese jetzt aufgetürmten Ruinen.

Hunderte von Milliarden werden heute dem Kriegsgott in den Rachen geworfen und sind so für die Wohlfahrt des Volkes, für die Kulturziele und für die Zwecke der sozialen Reformen verloren, die euer Los erleichtern, die Volksbildung fördern, und das Elend mildern könnten.

Und morgen werden neue schwere Steuern auf eure gedrückten Schultern fallen.

Ein Ende darum der Vergeudung eurer Arbeit, eures Geldes, eurer Lebenskraft! Auf zum Kampfe für den sofortigen Frieden ohne Annexionen.

In allen kriegführenden Ländern sollen sich die Frauen und Männer der Arbeit gegen den Krieg und seine Folgen, gegen das Elend und die Entbehrung, gegen die Arbeitslosigkeit und die Teuerung wenden. Mögen sie ihre Stimme erheben, für die Wiederherstellung der ihnen entrissenen bürgerlichen Freiheiten, für die soziale Gesetzgebung, für die Forderungen der arbeitenden Klassen in Stadt und Land.

Mögen die Sozialisten aller Länder gemäss den Beschlüssen der internationalen Kongresse handeln, wonach es

die Pflicht der Arbeiterklasse ist, alle Anstrengungen zumachen, um ein rasches Ende des Krieges herbeizuführen.

Übt auf eure Abgeordneten, auf eure Parlamente, auf eure Regierungen den stärksten Druck aus.

Fordert die Sofortige Ablehnung jeglicher Unterstützung der Kriegspolitik der Regierungen durch die Vertreter der sozialistischen Parteien. Verlangt von den sozialistischen Parlamentariern, dass sie von nun an gegen alle Kriegskredite stimmen.

Wirkt mit allen euch zu Gebote stehenden Mitteln für die rasche Beendigung der Menschenschlächtere!

Sofortige Waffenruhe, das sei eure Losung! Auf zum Kampfe, ihr Völker, die man ruiniert und tötet!

Mut! Denkt daran, dass ihr die Mehrzahl seid und wenn ihr es wollt, die Macht sein könnt.

Die Regierungen sollen es wissen, dass in allen Ländern der Hass gegen den Krieg und der Wille zur sozialen Vergeltung wächst und dann wird die Stunde des Völkerfriedens herannahen.

Nieder mit dem Kriege!

Es lebe der Frieden, der sofortige Frieden, ohne Annexionen!

Es lebe der internationale Sozialismus!

1. Mai 1916

*Die zweite internationale sozialistische
Zimmerwalder Konferenz*

Die Young European Socialists Konferenz in Winterthur

Vom 9.-12. April 2015 fand in Winterthur der 12. Kongress der Young European Socialists (YES) statt. 100 Jahre nach der historischen sozialistischen Jugendkonferenz in Bern im April 1915 organisierte die JUSO Schweiz diese internationale Grossveranstaltung. Der alle zwei Jahre tagende Kongress ist das höchste Organ der YES und wählt die Gremien der jungsozialistischen Dachorganisation Europas. Inhaltlich befasste sich der Kongress mit zahlreichen Positionspapieren und Resolutionen zu aktuellen politischen Themen. Dabei wurde das Manifest „Dem Krieg keinen Frieden!“ verabschiedet.

Dem Krieg keinen Frieden!

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren weltweit nie mehr so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Krieg und Krisen haben zahlreiche Orte unseres Planeten in Schauplätzen der Barbarei verwandelt. Wo ganze Städte zerbombt, ganze Landstriche verwüstet und die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, gibt es kein Leben in Würde. Wo Menschlichkeit und Zivilisation zerstört wurden gibt es keine Zukunft – oft über Generationen.

Hunderttausende Menschen sind heute gezwungen, sich diesem Irrsinn zu unterwerfen oder Teil davon zu werden und sich dabei selbst zu verraten. Um dem Irrsinn zu entkommen bleibt nur die Flucht in andere Regionen oder Länder. Das Elend dieser flüchtenden Menschen ist kaum fassbar. Sie werden vertrieben, misshandelt, vergewaltigt und ausgebeutet. Ihr Schicksal hängt nicht von ihren Wünschen, ihrem Willen oder ihren Entscheidungen ab, sondern von der Laune der kriegsführenden Parteien. Die Flucht erweist sich oft als Himmelfahrtskommando. Allein im Jahr 2013 schätzten Flüchtlingsorganisationen 25'000 Tote im Mittelmeer. Die Flucht Vieler endet im nassen Grab vor den Toren der Festung Europa. Wer trotzdem heil ankommt, muss sein Leiden beweisen und wird zu oft unmenschlich behandelt.

Vor 100 Jahren war der Erste Weltkrieg in vollem Gange; Hunderttausende waren auf der Flucht. Dieser globale Krieg veränderte in seiner Totalität und mit seiner Todesmaschinerie die Welt fundamental. Rund 17 Millionen Menschen kamen in seinem Verlauf ums Leben – so viele wie noch nie zuvor. Die Auswirkungen dieser neuen Form der Brutalität für die Kriegsführung wirken bis heute nach. Um eine weitere Eskalation des Krieges zu vermeiden, um sich mit den Opfern des Krieges zu solidarisieren und um statt den Kampf der Nationen und Völker den Kampf für eine menschenwürdige Wirtschaft und den Einsatz gegen den Kapitalismus ins Zentrum zu rücken, versammelten sich vom 5. bis zum 8. September 1915 führende internationale Sozialisten und Sozialistinnen zu einer geheimen Konferenz in Zimmerwald bei Bern in der Schweiz. Sie verabschiedeten ein Manifest, das die sozialdemokratischen Parteien Europas zu einem konsequenten Nein zur Kriegsbeteiligung aufrief. Dieser Aufruf für Frieden und Humanität löste grosse Debatten aus und Vereinigte die Kriegsgegner und Kriegsgegnerinnen.

Heute, 100 Jahre später, bestimmt Krieg erneut die Weltpolitik, während die globale Ungleichheit ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Heute, 100 Jahre später, sind wir Sozialisten und Sozialistinnen erneut in der Verantwortung konsequent für den Frieden einzustehen und die den Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit damit zu verbinden. Denn auch die Kriege unserer Zeit sind Ausdruck einer ungleichen Verteilung des Reichtums. In der kapitalistischen Weltordnung ist der Krieg nicht nur Ausdruck des Kampfes um Ressourcen, Grund und Boden – er ist viel mehr integraler Teil dieses Systems.

Der Nationalismus ist auf dem Vormarsch

In ganz Europa sind jene Kräfte auf dem Vormarsch, die als Antwort auf Globalisierung, ungleiche Verteilung der Güter und weltweite Gewalt Nationalismus und Abschottung propagieren. Jene Kräfte hetzen gegen das Fremde, gegen Minderheiten und Europa. Sie stellen einer aus den Fugen geratenen Welt den gesellschaftlichen Rückschritt entgegen. Es sind jene Kräfte, die den Fortschritt der Toleranz und der Weltoffenheit rückgängig machen wollen. Es sind die, die vergessen machen wollen, wozu Egoismus der Völker und um sich greifender Nationalismus in der Vergangenheit geführt haben. Diesen Kräften stellen wir uns um des Friedens und des Fortschritts Willen mit aller Entschlossenheit entgegen.

Europas Mächte Profitieren vom Krieg

Während die Herrschenden in Europa ein Ende der Gewalt fordern und über militärische Intervention nachdenken, profitieren sie gleichzeitig von den weltweiten Kriegen und Krisen. Für mehr als 16.8 Milliarden Dollar wurden 2014 Rüstungsgüter aus Europa exportiert. Tausende von gestohlenen Millionen liegen auf den Konten europäischer Banken; unschätzbar ist der Wert von Rohstoffdeals. Wo Rohstoffe abgebaut werden, wird keine Rücksicht auf die lokale Bevölkerung genommen. Mit Steuerkonstrukten in den Cayman-Inlands, der Schweiz und London offenbart sich Europa als Steigbügelhalter dieser Ausbeutung. Europa profitiert so gleich doppelt von diesem entfesselten Kapitalismus: Die Ausbeutung von Arbeit und Boden führt zu Konflikten,

wodurch sich die Rüstungsfirmen Europas erneut auf Kosten der Ärmsten dieser Welt bereichern.

Wir wissen: Wenn die Mächtigen von Frieden sprechen, denken sie zu oft an möglichen Profit. Und wenn sie von Freiheit sprechen, meinen sie meist die Freiheit der Märkte. Wem es wirklich um Frieden geht, geht es nicht um Handelsbeziehungen oder Profitraten, sondern um Humanität und Menschenrechte.

Krieg verschärft die globalen Probleme

Ein Prozent der Menschen besitzen heute 41 Prozent der weltweiten Vermögen. Gleichzeitig leiden nach wie vor mehr als 800 Millionen Menschen weltweit an Hunger. 1.4 Milliarden leben in extremer Armut. Krieg und gewalttätige Auseinandersetzungen verschärfen diese soziale Ungleichheit zusätzlich. Von Krieg profitieren einige wenige, während die grosse Mehrheit fürchterlich leidet. Krieg und bewaffnete Auseinandersetzungen beenden Konflikte kaum je, aber sie verschärfen, verlagern oder verschieben Konfliktlinien. Krieg ist deshalb kein Mittel sozialistischer Politik. Wir stehen ein für eine Welt der Kooperation der Völker, der zivilen Zusammenarbeit und der Diplomatie. Ökonomische, machtpolitische und religiöse Interessen dürfen nicht länger Vorwand für Gräueltaten unter den Menschen sein.

Unser Weg: Internationale Solidarität

Wir sind schockiert über die weltweite Eskalation der Gewalt. Unsere Generation ist nicht bereit, diesen zivilisato-

rischen Rückschritt hinzunehmen. Unser Kampf gilt dem Frieden, und unser Weg ist die internationale Solidarität. Die eigentlichen Konfliktlinien verlaufen nicht zwischen Nationen, Religionen oder Ethnien. Sie verlaufen entlang der Klassenlinien. Wir stehen für eine Allianz der fortschrittlichen Kräfte gegen die Dominanz des Kapitals und für soziale Gerechtigkeit und Frieden. Den Opfern aller Konflikte gilt unsere ungeteilte Solidarität.

Krieg ist kein Naturgesetz. Krieg ist menschengemacht und kann auch nur durch uns Menschen verhindert werden. Der Kampf gegen die strukturellen Ursachen von Gewalt und Krieg sind deshalb unsere Priorität. Unser Ziel ist eine freie, gerechte und solidarische Welt, in der Menschenrechte, Demokratie und Frieden gewährleistet sind. Wir, die Young European Socialists, fordern deshalb:

- *Eine Stärkung der Menschenrechte und des Völkerrechts. Sie sind die Regeln, die den Frieden der Menschen gewährleisten können.*
- *Die Stärkung der zivilen und demokratischen Strukturen. Die UNO muss reformiert werden, damit sie globaler Garant des Friedens sein kann. Die EU muss sich auf ihre zivile Aufgabe zurückbesinnen. Ein Ende der Kooperation mit Militärbündnissen – einzig die UNO ist für die internationale Friedenssicherung legitimiert.*
- *Ein Ende des Geschäfts mit dem Tod. Es braucht ein Exportverbot für Kriegsmaterial.*
- *Ein Ende der wirtschaftlichen Beziehungen zu kriegstreibenden Gruppen und Ländern.*
- *Internationale Abrüstung: ABC-Waffen müssen der Vergangenheit angehören und die weltweiten Militärausgaben drastisch reduziert werden.*

Wir fordern ausserdem:

- *Den Kampf gegen die ungleiche Verteilung der globalen Ressourcen – der Ursache zahlreicher Konflikte.*
- *Den Kampf gegen Austerität, Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit, welche die Menschen die Arme von Rechtskonservativen, Faschisten und religiösen Fanatikern treibt.*
- *Eine Politik, die sich an sozialer Gerechtigkeit und der Selbstbestimmung der Völker orientiert – und ein Ende der Politik von freiem Markt und grenzenlosem Wettbewerb.*

Gemeinsam für den Frieden

Im Rahmen der Vorarbeiten zur Tagung „Die Internationale Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Krieg“ (Bern, 4./5. September 2015) wurde diskutiert, ein aktuelles Manifest für den Frieden zu erarbeiten. Ein erster Entwurf wurde im März 2015 anlässlich der 100-Jahr Feier der sozialistischen Frauenkonferenz in Bern im Rahmen der Bildungsveranstaltung der Stiftung SP Bildung vorgestellt. Der Entwurf vom März 2015 sowie das YES Manifest wurden von der Präsidentin der Robert-Grimm-Gesellschaft, Monika Wicki und dem Präsidenten der JUSO Schweiz, Fabian Molina, zahlreichen interessierten Organisationen zugestellt und in Vernehmlassung gegeben mit dem Ziel, bis September 2015 ein gemeinsames Manifest für den Frieden zu erarbeiten. Bis Ende Juni konnten Friedensorganisationen, interessierte Privatpersonen, Parteien etc. Rückmeldung geben. Im Anschluss daran fand am 19. Juli 2015 mit denjenigen, die sich in der Vernehmlassung geäußert hatten, ein Workshop statt. Daraus entstand das Dokument „Gegen Krieg und Gewalt – für Frieden und menschliche Sicherheit“.

Gegen Krieg und Gewalt – für Frieden und menschliche Sicherheit

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren weltweit nie mehr so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Krieg und Gewalt haben viele Orte unseres Planeten in Schauplätze der Barbarei verwandelt. Wo Städte zerstört, Landstriche verwüstet und Gewalt gegen Menschen ausgeübt wird, gibt es kein Leben in Würde und keine Zivilisation. Frieden und Sicherheit sind unverzichtbare Grundlage von Demokratie, Fortschritt und Menschenrecht, so wie erst soziale, wirtschaftliche und demokratische Entwicklung nachhaltig Frieden und Sicherheit ermöglichen.

Vor 100 Jahren war der Erste Weltkrieg in vollem Gange. Hunderttausende waren auf der Flucht, in seinem Verlauf kamen um die 17 Millionen Menschen ums Leben – so viele wie noch nie zuvor. Eine neue Art der Kriegführung setzte sich weltweit durch: der totale Krieg, der sämtliche gesellschaftliche Ressourcen beansprucht und diese in Todesmaschinen von industriellem Ausmass verwandelt. Der totale Krieg vernichtet, was er zu verteidigen vorgibt.

Führende internationale Sozialisten und Sozialistinnen versammelten sich vom 5. bis zum 8. September 1915 zu einer geheimen Konferenz in Zimmerwald bei Bern in der

Schweiz. Sie riefen in ihrem Manifest alle sozialdemokratischen Parteien Europas zu einem unbeugsamen Nein zur Kriegsbeteiligung auf. Das Ziel, künftige Geschlechter vor der Geissel des Krieges zu bewahren, ist inzwischen Völkerrecht und bildet Grundlage der drei Jahrzehnte und einen Weltkrieg später formulierten UNO-Charta.

Vieles wurde auf diesem Weg erreicht, noch mehr bleibt zu tun. Die europäische Integration – die grosse Antwort der Demokratie und des Friedens auf eine Geschichte von Krieg und Gewalt – hat unserem Kontinent eine beispiellose Periode des Friedens und des Wohlstands gebracht. Die UNO schuf entscheidende Grundlagen zur Kriegsverhinderung und dämmte weit zahlreichere Konflikte erfolgreich ein, als die breite Öffentlichkeit annimmt. Dank der UNO ist heute völlig unbestritten, dass ein Kriegsverbrecher ist, wer einen Krieg entfesselt.

Heute verbreiten mancherorts neuartige Akteure Terror und Krieg. Weniger geopolitische Interessen als der Zerfall von Staaten und ganzen Gesellschaften bildet ihr Nährboden. So geht Krieg vielfach in organisierte Kriminalität über. Bewaffnete Banden üben Gewalt aus, um ihre persönliche Existenz zu sichern. Bekannte Anreize zur Befriedung versagen dann. Werden solche Konflikte von aussen instrumentalisiert, können eng begrenzte Problemherde in kurzer Zeit grossflächig Tod und Verderben verbreiten – nur allzu oft abseits der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Denn die wenigen global aktiven Medienagenturen richten ihr Scheinwerferlicht vorab am Interesse der Mächtigen und kaum am Leiden der betroffenen Opfer aus.

Eine neue Unübersichtlichkeit kennzeichnet Ursachen und Inhalt aktueller Kriege. Oft sind zerfallende Staaten Ursache, oft sind diese allein Ausdruck tieferliegender Konflik-

te. Stets gehen Krieg und Gewalt mit fehlender Rechtsstaatlichkeit, fehlendem Service Public, Machtmissbrauch und dem Verlust jeglicher ökonomischer Perspektive einher, was vor allem unter der jungen Bevölkerung und den Frauen zu einem Klima der Unsicherheit und zur Ausgrenzung und Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen führt. Wichtige Treiber dieser Zerfallserscheinungen sind oft genug der Rohstoffhunger unseres ausbeuterischen, sozial blinden Wirtschaftssystems sowie der Klimawandel und die grossflächige Zerstörung der Umwelt.

In vielen Kriegen entsteht so ein unentwirrbares Knäuel innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Dynamiken. Ob diese Dynamiken die Gewalt befeuern oder in friedliche Entwicklungen gelenkt werden können, entscheidet sich oft an der Fähigkeit der UNO, ihre Rolle als kollektives Sicherheitssystem tatsächlich wahrzunehmen, sowie an der Frage, ob die Zivilgesellschaft und allen voran die Frauen allein Opfer oder gleichzeitig zukunftsfähige Akteure sind.

Für uns bedeutet dies:

- 1. Wir müssen und wollen unseren Kampf gegen Krieg und Gewalt und für Frieden und menschliche Sicherheit bedeutend verstärken, denn sie bilden die Grundlage für die menschliche Würde und jeglichen Fortschritt.*
- 2. Friedensförderung muss in allen Konfliktphasen handlungsfähig sein – sowohl kurzfristig zur Eindämmung und Beendigung der Gewalt, als auch langfristig, um die Friedensfähigkeit von Gesellschaften zu stärken und nach Konflikten den Wiederaufbau zu unterstützen.*
- 3. Wir lassen uns nicht von scheinbar einfachen Rezepten verführen, sondern beharren darauf, dass nur ein vielfältiges, mehrdimensionales Vorgehen auf verschiedenen*

Ebenen und Zeitachsen uns dem Frieden näher bringt und die menschliche Sicherheit stärkt.

4. *Im Zentrum steht für uns nicht die staatliche, sondern die menschliche Sicherheit. Vorrang haben stets die menschliche Würde, die Menschenrechte und die Unversehrtheit des Menschen und nicht territoriale Überlegungen, nicht ideologischer und religiöser Wahn und nicht blosser Machterhalt.*

I Langfristig wirkende, strukturelle Massnahmen für Frieden und menschliche Sicherheit

Für uns ist der Zusammenhang zwischen unserem globalisierten Wirtschaftssystem, der entfesselten Ausbeutung der natürlichen Grundlagen unseres Planeten und dem Zerfall von schützender Staatlichkeit zentral.

Es gibt keine langfristige Friedensfähigkeit ohne grundlegende Änderungen in der Art und Weise unseres Wirtschaftens, unseres Konsumierens und unserer Demokratie. Unser Kampf gegen Krieg und Gewalt und für Frieden und menschliche Sicherheit hat deshalb stets eine strukturelle und langfristige Dimension entlang folgender vier Achsen:

- 1) *Es braucht grundlegende Änderungen in unserem Wirtschaftssystem*

Es liefert trotz gewaltigem Überfluss eine Milliarde Menschen der Unterernährung aus und droht, die natürlichen Grundlagen unseres Planeten unwiederbringlich zu zerstören. Wir kämpfen

- *für Verteilungsgerechtigkeit;*

- *für weltweit inklusive Gesellschaften, die allen ein Leben in Freiheit und Würde ermöglichen;*
- *für geschlossene Kreisläufe, damit unser Ressourcenverbrauch zukünftige Generationen nicht belastet;*
- *für menschenwürdige Arbeit für alle, auch für Flüchtlinge und MigrantInnen. Nur wer reguläre Wanderung ermöglicht und die Menschen schützt, kann skrupellosen Schleppern das Handwerk legen und dafür sorgen, dass Migration zur Chance für alle statt zum Risiko wird.*

2) Es braucht mehr internationale Verflechtung und starke internationale Regeln

Das europäische Friedenswerk, das den Mitgliedstaaten der EU nun während Jahrzehnten in historisch einmaligem Mass Frieden und Sicherheit gewährleistet hat, weist uns den Weg:

- *Wir kämpfen für mehr internationale Zusammenarbeit und für eine starke Regulierung dieser Zusammenarbeit. Denn eine wechselseitige Verflechtung sämtlicher Lebensbereiche, die im Dienste aller statt nur einiger Weniger steht, fördert den Frieden und verhindert Gewalt.*
- *Bei aller Kritikwürdigkeit einzelner Massnahmen der EU behalten wir stets die zutiefst friedenspolitische Dimension der europäischen Integration vor Augen. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr und ein besseres Europa.*
- *Unsere Antwort auf Globalisierung, ungleiche Verteilung der Güter und weltweite Gewalt ist nicht Nationalismus und Abschottung, Hetze gegen Fremde, gegen Minderheiten und gegen Europa. Vielmehr setzen wir auf Integration, inklusive Gesellschaften, Kampf gegen jede Form von*

Diskriminierung und Ausgrenzung und damit auf internationale, demokratisch legitimierte Zusammenarbeit.

3) Ein starkes Völkerrecht und handlungsfähige multilaterale Organisationen auf allen Ebenen

UNO, OSZE, EU, Afrikanische Union u.a.m. – sind zur Wahrung des Friedens und für mehr menschliche Sicherheit unverzichtbar.

- *Wir kämpfen für deren tiefgreifende Reform, damit die Handlungsfähigkeit der UNO und der anderen multilateralen Organisationen steigt, Blockaden durch Vetomächte und Sonderinteressen verhindert und die multilaterale Durchsetzungsfähigkeit für Frieden und menschliche Sicherheit erhöht wird.*
- *Unverzichtbar sind deutlich mehr finanzielle Mittel für multilaterale Organisationen und eine Steigerung des Anteils, der ihnen unabhängig von den Mitgliedstaaten zufließt.*
- *Je durchsetzungsfähiger die UNO wird, desto dringender werden Mechanismen, um Machtmissbrauch zu verhindern und die Entscheidungsträger einer Rechenschaftspflicht zu unterwerfen. Es darf nicht sein, dass im Unosicherheitsrat lebenswichtige Entscheidungen getroffen werden, für deren Folgen niemand zur Verantwortung gezogen wird.*

4) Abrüstung und Vertrauens- und Sicherheitsbildung

Es gibt keinen Frieden ohne Abrüstung und Aufbau vertrauens- und sicherheitsbildender Massnahmen. Wir kämpfen dafür,

- den Druck auf die Atomwaffenstaaten zu vollständiger nuklearer Abrüstung bedeutend zu erhöhen und in Europa, im Nahen und Mittleren Osten und weiteren Weltgegenden atomwaffenfreie Zonen zu errichten;*
- Firmen, die an der Herstellung und Wartung von verbotenen Waffen beteiligt sind, den Zugang zum Finanzmarkt zu versperren;*
- den weltweiten Waffenhandel einzudämmen und die Militärausgaben massiv zu senken und zugunsten von Investitionen in die Friedensförderung und soziale und demokratische Entwicklung umzuverteilen;*
- das Geflecht vertrauens- und sicherheitsbildender Massnahmen zwischen den Staaten so auszubauen, dass es auch in Zeiten erhöhter Spannungen nicht zerreisst.*

II Krisenintervention und internationale Schutzverantwortung

Neben diesen langfristig wirkenden friedensfördernden Massnahmen muss die internationale Gemeinschaft genügend Ressourcen und angemessene Mittel zur Verfügung stellen, um in Konflikten, Krisen und Krieg einzugreifen und die menschliche Sicherheit der geschundenen Zivilbevölkerung zu verbessern. Wenn ein Haus lichterloh brennt, nützt der Hinweis wenig, man hätte beim Bau halt auf brennbare Materialien verzichten sollen. Es ist unsere moralische

Pflicht, auch den von Krieg, bewaffneter Gewalt und Terror unmittelbar bedrohten Menschen Schutz und persönliche Integrität zu bieten. Darum unterstützen wir das von der UNO 2000/2001 entwickelte und 2005 am UNO-Weltgipfel von sämtlichen Mitgliedstaaten anerkannte Konzept der Schutzverantwortung. Dabei müssen die Entscheidungsverfahren und konkrete Umsetzung sicherstellen, dass jeder Missbrauch durch nationale Machtinteressen vermieden wird und tatsächlich der Schutz der Zivilbevölkerung zentral bleibt. Je nach Konfliktphase sind unterschiedliche friedensfördernde Massnahmen angesagt:

1) Bedrohliche Anzeichen der Gewalteskalation

Droht in einer Region ein bewaffneter Konflikt, so geht es darum,

- die Räume des Friedens und der Sicherheit zu erweitern;*
- die Früherkennung zu verbessern und rechtzeitige Handlungsfähigkeit zu erhöhen;*
- dem Frieden und dem Gewaltverzicht verpflichtete Akteure und ihre Netzwerke zu stärken;*
- aktiv zum Abbau bereits bestehender sozialer Polarisierungen und Machtungleichgewichte in lokalen Kontexten beizutragen;*
- jegliche Präsenz von aussen – humanitäre Hilfe, finanzielle und wirtschaftliche Beziehungen, Medienberichte – auf die Frage hin zu überprüfen, ob sie den Konflikt verschärfen oder dazu beitragen, die Gewaltrisiken zu verringern.*

2) Bewaffneter Konflikt und Krieg

Ist ein bewaffneter Konflikt ausgebrochen, ist frühzeitiges Eingreifen angesagt, statt zuzuwarten, bis sich die Gewaltspirale nach oben dreht:

- *Mediation, Pendeldiplomatie, lokale Waffenstillstände, Schutz der Zivilbevölkerung;*
- *Aufrechterhaltung von sozialen Netzwerken der Zivilgesellschaft, gezielte Unterstützung all jener Kräfte, die auf Gewaltverzicht und politische Lösungen setzen;*
- *Beobachtungsmissionen und Tatsachenfeststellung, damit Kriegsverbrechen breit dokumentiert und die Verantwortlichen zu gegebener Zeit strafrechtlich verfolgt werden können.*

3) Nach dem Konflikt

Nach einer Konfliktbeendigung bleibt viel zu tun:

- *Vertrauensbildung, Vergangenheitsaufarbeitung, Wiedergutmachung für die Opfer und strafrechtliche Aburteilung der Kriegsverbrecher, Nationaler Dialog;*
- *Abrüstung, Entwaffnung und Reintegration der ehemaligen Kämpfer;*
- *Reformen der Institutionen (Justiz, Sicherheitssektor), Durchführung von Wahlen;*
- *Wiederaufbau und Schaffung von Perspektiven namentlich für die Jungen.*

4) *Friedensfördernde Institutionen, die Zivilgesellschaft und namentlich die Frauen stärken*

Die Erfolgchancen all dieser Massnahmen erhöhen sich, wenn sie von starken Institutionen getragen werden und auf eine Stärkung der gesellschaftlichen Voraussetzungen zielen:

- *Die institutionelle Verankerung in den aktuellen Aussenministerien ist ungenügend. Für die Friedensförderung und Stärkung der menschlichen Sicherheit braucht es diplomatisch rasch handlungsfähige Staatssekretariate und ausgebaute Agenturen mit einem Vielfachen an finanziellen und personellen Ressourcen gegenüber heute – dies zulasten der bestehenden, meist völlig überdimensionierten Verteidigungsministerien.*
- *Bei allen Programmen für Friedensförderung und menschliche Sicherheit geht es um den grösstmöglichen Einbezug der Zivilbevölkerung, insbesondere der Frauen. Frauen werden in der Friedensförderung fälschlicherweise oft als blosser Opfer abgestempelt, statt dass ihre aktive Rolle in der Konfliktbewältigung anerkannt wird und sie in die politische Lösungsfindung einbezogen werden. Die Resolution 1325 des UNO Sicherheitsrates fordert dies ein. Die Nationalen Aktionspläne zu deren Umsetzung durch die UNO-Mitgliedstaaten müssen dies endlich anerkennen und mit überprüfbaren Umsetzungsschritten und Fristen versehen werden.*

Die internationale Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Krieg

Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Basler Friedenskongresses beurteilte der Friedensforscher Egbert Jahn die sozialistische Friedenspolitik vor und im Ersten Weltkrieg. Er schreibt, die internationale sozialistische Arbeiterbewegung sei seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert mit ihren 4 Millionen Mitgliedern wohl die stärkste gesellschaftliche Kraft gewesen, die einen dauerhaften Weltfrieden anstrebte und den drohenden Weltkrieg verhindern wollte.¹⁵

Während die bürgerliche Friedensbewegung damals eher einen „Fürstenpädagogischen“ Ansatz vertrat, bei dem es darum ging, die Herrschenden von den Friedensplänen zu überzeugen, betonte die Sozialistische Internationale die Ursachen des Krieges. Diese wurden im Stuttgarter Kongress 1907 dargelegt: „Kriege liegen... im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist ...“. Die Ursache des Krieges liege im Konkurrenzkampf kapitalistischer Staaten auf dem

¹⁵ Egbert, Jahn (2012b). Der Baseler Friedenskongress der Sozialistischen Internationale am 24./25. November 1912. Frankfurter Montags-Vorlesungen, Politische Streitfragen in zeitgeschichtlicher Perspektive. Online: <http://www.fb03.uni-frankfurt.de/46605405/ZSFraMoV09-NET-Basel-40.pdf>? (14.2.2015)

Weltmarkt. Dabei spiele die Unterjochung fremder Völker und Länder, also der Imperialismus, eine wichtige Rolle. Nur in der sozialistischen Gesellschaft gäbe es keinen Krieg.

Um Krieg zu verhindern wurden verschiedene Mittel propagiert: 1. Antikriegspropaganda auf Flugblättern und in der Parteipresse, 2. Massenkundgebungen gegen den drohenden Krieg, 3. parlamentarische Verweigerung von Kriegskrediten, 4. Generalstreik, 5. Militärstreik, 6. Aufstand.¹⁶ Vor dem ersten Weltkrieg hatte die sozialistische Internationale auch einen militärischen Einsatz zur Überwindung des kriegsfördernden Systems des Kapitalismus und damit zur Schaffung eines friedlichen Systems im Sozialismus grundsätzlich befürwortet.

Umgesetzt wurde im ersten Weltkrieg im Zuge der Zimmerwalder Konferenz dann aber letztlich nur das eine, die Antikriegspropaganda auf Flugblättern einer kleinen oppositionellen Gruppe während die in Zimmerwald unterlegene Gruppe, die Zimmerwalder Linke, die Revolution in Russland beförderte.

Egbert Jahn schreibt 2012 dazu: „Sowohl die meisten Sozialisten als auch die meisten Mitglieder der Friedensbewegung waren im Übrigen keine prinzipiellen Kriegsgegner, sondern lediglich Gegner eines imperialen Angriffskrieges zur Eroberung neuer Territorien und wirtschaftlich-militärischer Machtsphären. So befürworteten prominente Führer der Sozialistischen Internationale schon vor 1914 in aller Offenheit den nationalen Verteidigungskrieg zum Schutz des territorialen und völkerrechtlichen Status quo.“¹⁷

Die sozialistische Internationale scheiterte also daran, dass die sozialistischen Führer und Führerinnen ihre tatsäch-

¹⁶ Jahn, 2012b, S. 7

¹⁷ Jahn, 2012b, S. 8

liche Ohnmacht angesichts des Krieges nicht vorausgesehen hatten. Egbert Jahn meint, sie hätten wissen können, dass die Parteien in den verschiedenen Ländern angesichts der Kriegssituation nicht kapitulieren sondern sich verteidigen würden wollen und darum auch den Kriegskrediten zustimmen würden. Sie hätten wissen können, dass sich die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht dagegen würden wehren können.

Hätten sie das alles derart vorausgesehen, so wäre es gemäss Jahn (2012) sinnvoll gewesen, sie hätten schon vor dem Krieg ein Programm für einen Friedensschluss veröffentlichten können - für einen Friedensschluss, der die Institutionalisierung einer dauerhaften Weltfriedensordnung sowohl mit den Siegermächten als auch mit den besiegten und neutralen Staaten vorgesehen hätte und auch einen Kriegsabbruch forderte. Ja, sie hätten mit einem gemeinsamen Programm zur friedlichen Neuordnung Europas und der Welt sogar die Spaltung der Partei verhindern können.¹⁸

Dennoch, im Zimmerwalder Manifest hat eine (beinahe pazifistische) Minderheit der Sozialdemokratie ihren Ausdruck gefunden und friedensstiftend gewirkt.

Und heute? Egbert Jahn meint,

„die Entwicklung und politische Demonstration des Friedenswillens einer potentiell überwältigenden Mehrheit aller Europäer und aller Menschen und ihrer parteipolitischen Vertretungen ist die Voraussetzung eines dauerhaften Weltfriedens“¹⁹.

Und diese Arbeit müssen wir gemeinsam leisten.

Monika Wicki, Wald, 11.8.2015

¹⁸ Jahn, 2012b, S. 17

¹⁹ Ebd.